

Versöhnung zeigten einerseits ein weiteres Mal, wie gegensätzlich die politischen Standpunkte innerhalb der Kirche sind. In ihren jeweiligen Erklärungen werfen die Jesuiten, Dominikaner (und Dominikanerinnen) sowie Vertreter einiger anderer Orden den Bischöfen Einseitigkeit in der Darstellung und Einschätzung der Realität ihres Landes vor. So werde die Tatsache eines „amerikanischen Angriffskrieges gegen Nicaragua“ (Erklärung der Jesuiten – die Dominikaner sprechen von einem „Nicaragua von den USA aufgezwungenen Krieg“) verschwiegen, die positiven Errungenschaften der sandinistischen Revolution würden mit keinem Wort gewürdigt. Auf völliges Unverständnis stößt die Aufforderung der Bischöfe, die antisandinistischen Kampfverbände im Norden und Süden des Landes „ohne Diskriminierung“ am nationalen Dialog zu beteiligen. Zusammenfassend heißt es in der Stellungnahme der Dominikaner: „Wir beobachten ein weiteres Mal, daß die katholische Hierarchie sich den Empfindungen der großen Mehrheit der armen Bevölkerung verschließt, in Übereinstimmung mit den Plänen der traditionellen Herren in diesem Teil der Welt handelt und die Religion in den Dienst einer bestimmten politischen Richtung stellt ...“ (DIAL 954, 19. 7. 84). Die Ordensoberen werfen den Bischöfen in ihrer Erklärung vor, sie verschärften die Polarisierung mit ihrer partiellen Sicht der politischen Realität zusätzlich.

Die Verfasser der drei Erklärungen sind sicher nicht ohne weiteres und insgesamt der „Iglesia Popular“ zuzurechnen, von der die Bischöfe in ihrem Hirtenbrief schreiben, sie habe die Einheit der Kirche verlassen. Daß der offene Widerspruch gegen die bischöfliche Hierarchie nicht nur von der kleinen Gruppe der „Volkskirche“ gewagt wird, läßt die Risse in der nicaraguanischen Kirche noch tiefer sichtbar werden. Mit einem Absondern eines kleinen „kranken“ Teils des kirchlichen Organismus ist es offenbar nicht getan.

Die Jesuiten stellen dazu in ihrer Erklärung fest: „Die Bischöfe umreißen

und verdammen mit wenigen Federstrichen, was sie ‚einen sehr kleinen Teil unserer Kirche, der die Einheit mit ihr aufgegeben hat‘ nennen. Aber sie sagen nicht genau, wer zu diesem Teil gehört. Es ist also denkbar, daß jeder Katholik, der in seinem Gewissen nicht mit dem moralischen und religiösen Urteil übereinstimmt, das unsere Bischöfe über die politische Lage in Nicaragua gefällt haben, als Gefahr für die Einheit der Kirche bezeichnet wird. Und dies um so mehr, als der Hirtenbrief keine Unterscheidungen trifft, ob es sich dabei um lehramtliche, liturgische, spirituelle, disziplinarische, moralische oder soziopolitische Aspekte handelt. Ist die Zeit nicht längst reif für das Tolerieren unterschiedlicher Auffassungen, wo es um diskutabile Themen geht? Ist es nicht höchste Zeit ... für den mit Respekt, in Ruhe und Freiheit geführten Dialog in der Kirche? Wir glauben, daß die Kirche, wenn sie mit ihrem Aufruf zur Versöhnung glaubwürdig sein will, selbst als Sakrament der Versöhnung innerhalb der eigenen Gemeinschaft wirken muß“ (DIAL, 21. 6. 84).

### **Einstweilen nur die Fronten geklärt**

In der Tat läßt sich aus dem „Hirten schreiben über die Versöhnung“ vom 22. April dieses Jahres eine gewisse Einseitigkeit herauslesen, nicht so sehr aus den Aussagen des Dokuments als aus seinen an manchen Stellen betont

allgemeinen Formulierungen und seinen Auslassungen. So fällt auf, daß der „Kriegszustand mit seinen überaus schmerzlichen Folgen“ als Faktum Erwähnung findet, ohne daß der Ausbruch der Gewalt, konkret die Angriffe der antisandinistischen Rebellen an den Grenzen Nicaraguas, verurteilt oder wenigstens zum Einstellen der Kampfhandlungen aufgerufen wird, wie dies etwa die Bischöfe des benachbarten El Salvador immer wieder tun. In der jüngsten Erklärung vom 30. Juli forderten die Bischöfe gezielt die sandinistische Regierung auf, „dem Blutbad unter der Jugend“ ein Ende zu setzen.

So haben in der gegenwärtigen Phase politischer Hochspannung die letzten Stellungnahmen der Bischofskonferenz bestenfalls (noch einmal) die Fronten geklärt. Und die jüngsten kolportierten Äußerungen der drei Priester in Ministerämtern lassen eher auf einen Bruch mit der Kirche als auf eine ernste inhaltliche Auseinandersetzung oder gar ein Einlenken schließen. Zweifellos durchlebt die Kirche in Nicaragua ihre schwierigste Zeit. Die Chance, die Auseinandersetzung mit dem Revolutionsregime auf ihrem Höhepunkt beizulegen, ist mehr als gering. Innerkirchlich könnte nur ein langwieriger und geduldiger Dialog über den überwiegend ideologischen Konfliktstoff zu einer Annäherung führen. Es wäre zu wünschen, daß die Bereitschaft dazu auf beiden Seiten wieder wächst. G. B.

## **Auf dem Weg zu einem afrikanischen Konzil?**

Schon während des Zweiten Vatikanischen Konzils arbeiteten die Bischöfe Afrikas in einer gesamt afrikanischen Konferenz mit einem eigenen Sekretariat zusammen. Im Anschluß daran konzentrierten sie sich auf die Bildung nationaler und regionaler Bischofskonferenzen. Aber schon 1968 zeigte sich der Wille zu einer gesamt afrikanischen Begegnung, welche zum ersten

Symposium der Bischofskonferenzen Afrikas und Madagaskars (SCEAM – SECAM) vom 28. – 31. Juli 1969 führte (vgl. HK, September 1969, 400–402). An der Schlußsitzung in Kampala nahm Papst Paul VI. teil. Man wollte sich damals bewußt vom Rat der lateinamerikanischen Bischöfe (CELAM) unterscheiden und betonte im Symposium eine brüderliche Zu-

sammenkunft ohne jeden Zentralismus und ohne Beschlußvollmacht.

### Befragung der einzelnen Episkopate

SCEAM ist aber in den 15 Jahren seines Bestehens zu einer festen Institution herangewachsen, deren Notwendigkeit nicht mehr bezweifelt wird. Die an der 7. *Vollversammlung* vom 15. bis 22. Juli 1984 in Kinshasa versammelten Bischöfe zeigten deutlich, daß sie sich ihrer gemeinsamen Verantwortung bewußt sind, den afrikanischen Weg der Kirche zu suchen und ihren Beitrag für die afrikanische Gesellschaft zu leisten.

An der *Vollversammlung* sahen die Bischöfe die Notwendigkeit, zur Wahrnehmung der gemeinsamen Aufgaben die *Strukturen* zu festigen und nach *neuen Wegen* Ausschau zu halten. Dies zeigte sich in zwei Tagesordnungspunkten: Revision der Konstitution und Diskussion darüber, ob ein „afrikanisches Konzil“ vorzubereiten sei. In der Diskussion des Entwurfs einer Konstitution stellte man die Frage, ob es richtig sei, die Bezeichnung „Symposium“ beizubehalten oder ob der Name „Rat“ gewählt werden müsse, handle es sich doch um die Bezeichnung einer Dauerinstitution. Der Entschluß über die neue Konstitution wurde verschoben. Der ständige Rat, der jedes Jahr einmal tagt, wurde jedoch erweitert. Eine *Vollversammlung* findet alle drei Jahre statt.

Die Idee eines „afrikanischen Konzils“ stammt aus dem Jahr 1973. Der *Vollversammlung* von Kinshasa lag eine entsprechende Studie vor. Darin wurde der Begriff „Partikularkonzil“ dem Begriff „Partikularsynode“ vorgezogen. Die mögliche *Thematik* wurde umschrieben: Evangelisation und Inkulturation der Botschaft – Evangelisation und Förderung des Menschen. Die *Vollversammlung* beschloß eine Befragung der einzelnen nationalen Bischofskonferenzen und forderte zudem die Bischöfe auf, die Gläubigen dafür zu sensibilisieren und in die Überlegungen miteinzubeziehen, da es sich um eine sehr wichtige Angelegenheit für die Zukunft der Kirche von Afrika handle.

In den Jahren seiner Existenz hat SCEAM mehrere Komitees und Sekretariate ins Leben gerufen, welche an der *Vollversammlung* eingehend über ihre Tätigkeit berichteten:

- Das *Komitee für innere Angelegenheiten Afrikas* befaßte sich mit Fragen von Gerechtigkeit und Frieden und pflegte Kontakte zu internationalen Organisationen wie z. B. zur FAO. Zusammen mit den verschiedenen Hilfswerken befaßte sich das Komitee mit dem Flüchtlingsproblem: die Aufnahmeländer müssen das Wenige, das sie haben, mit Millionen von Flüchtlingen teilen.
- In Afrika besteht eine *institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen Vertretern der Bischofskonferenzen und den Ordensoberen* von Missionsinstituten. Die letzten Begegnungen handelten von der Pastoral der Jugend in den Städten und der Pastoral der geistlichen Berufe.
- Das *theologische Komitee* arbeitet seit 1982 hauptsächlich am Thema der Bischofssynode 1983 und an theologischen Überlegungen zu einem afrikanischen Konzil.
- *Bibelkomitee und Bibelzentrum für Afrika und Madagaskar* stellen Bibelübersetzungen her, bieten Kurse an und geben ein Bulletin für das Bibelapostolat heraus.
- Das *Komitee für soziale Kommunikation* legte ein Projekt von Radiosendungen in ganz Afrika vor. Es bemüht sich um Koordination des kirchlichen Einsatzes und verfügt über finanzielle Mittel zur Heranbildung von Fachleuten.
- Eine Equipe koordiniert die Laienarbeit in den Regionen und im ganzen Kontinent.
- Dem *Sekretariat für die katholische Erziehung* in Afrika und Madagaskar stehen in verschiedenen Ländern Bestrebungen zur Verstaatlichung der Schulen gegenüber. Die Bischöfe bekannten sich zur Beibehaltung der katholischen Schule.

### Mitwirkung an der Verbesserung der Gesellschaft als Test

Das Hauptthema der *Vollversammlung* war „Kirche und Förderung des

Menschen im heutigen Afrika“. Kurz vor der *Versammlung* stellte das Sekretariat den Teilnehmern eine Arbeitsgrundlage zu. Nur ein Teil der Teilnehmer erhielten diese. Postsendungen, die nicht oder sehr spät ankommen, und fehlende Telefonverbindungen sind ein sehr großes Hindernis für die Zusammenarbeit unter den Bischöfen Afrikas. Das Vorbereitungsdokument umfaßte eine Situationsanalyse, theologische Überlegungen über die Sorge der Kirche für den Menschen, über eschatologisches Reich Gottes und Befreiung im Lauf der Geschichte, über die zentrale Rolle der Eucharistie. Es folgten pastorale Grundsätze. Das Dokument bildete die Grundlage für Aussprachen im Plenum und in Gruppen. Die Bischöfe verlangten dabei eine bessere Würdigung der Arbeit der Missionare und betonten die prophetische Rolle der Kirche in Afrika. Unbestritten war die Bedeutung des gesellschaftlichen Auftrages aller Glieder der Kirche.

Ein Bischof schlug vor, Katechumenen sollten nicht zur Taufe zugelassen werden, wenn sie nicht den Willen zeigten, zur Verbesserung der Gesellschaft beizutragen. Gründe für die gegenwärtige Not wurden in der Herrschaft des westlichen Kapitalismus und in der marxistischen Ideologie gesehen. Warum zwingt man uns den Ost-West-Konflikt auf, und können wir nicht unseren eigenen afrikanischen Weg gehen? Eine Frage, die immer wieder gestellt wurde. Als weiteres Übel wurde die Korruption von Regierenden und ihre Komplizenschaft mit Kapitalismus und Marxismus genannt. Die Aussprache ergab ein sehr lebendiges Bild von der ungeheuren Größe der Problematik, deren Vielschichtigkeit sowie der Verschiedenheit der Situation in den einzelnen Ländern.

Aufgrund der Diskussionen wurde ein *Schlußdokument* formuliert. Es bekräftigt den Grundsatz: „Evangelisieren bedeutet Förderung des Menschen in allen Belangen seiner Berufung als ein Sohn Gottes. Folgedessen ist die ganzheitliche Förderung des Menschen als menschliche, individuelle und gesellschaftsbezogene Person integrieren-

der Bestandteil der Evangelisierung. Die sozio-politische, ökonomische und kulturelle Dimension der menschlichen Kreatur kann nicht von der religiösen Dimension getrennt werden.“ Das Dokument legt sodann folgende Prioritäten fest: Zeugnis des Lebens, vorrangige Beachtung von marginalisierten Personen und Gemeinschaften, Sorge um die Kader und Verantwortlichen in der Gesellschaft, Würde der Arbeit. Folgende Mittel sollen eingesetzt werden: geistliche Hilfe durch Sakrament, Gebet und Fasten, Orientierung an der Soziallehre der Kirche, Bildung des modernen Menschen aufgrund der Weisheit der Weisen Afrikas, Bildung christlicher Basisgemeinschaften, Vertiefung der katechetischen Ausbildung, welche den Zusammenhang zwischen Glauben und Gesellschaftseinsatz betonen soll, katholische Schulen, Einsatz der sozialen Institution für die Förderung des Afrikaners.

Für dieses Programm wurde die *Zusammenarbeit mit den nichtkatholischen Kirchen* Afrikas als absolut notwendig, die Zusammenarbeit mit den Staaten, anderen gesellschaftsbildenden Kräften und anderen Kontinenten als sehr wichtig betont. An der Vollversammlung nahmen zwei Vertreter der Konferenz der Kirchen ganz Afrikas (AACC) aktiv teil. Die ökumenischen Beziehungen auf kontinentaler Ebene wurden als sehr gut bezeichnet. Der Regierungschef von Zaire hielt im Auftrag des Staatspräsidenten eine Be-

grüßungsansprache und lud die Teilnehmer zusammen mit dem diplomatischen Korps zu einem Empfang ein. Die Kirchen im nördlichen und zentralen Afrika leben inmitten von Moslems, welche stark missionarisch tätig sind. Der Dialog in diesen Ländern wurde als sehr schwierig bezeichnet. Ein besonderes Problem besteht darin, daß der Islam als die afrikanische Religion angepriesen und das Christentum als Ableger des westlichen Systems diskreditiert wird. In einigen Ländern, z. B. im Sudan, bestehen besondere Probleme, welche durch die Identifikation von bestimmten Stämmen mit dem Islam noch verschärft werden.

### „Viel voneinander lernen“

Die Vollversammlung setzte sich zusammen aus den Vertretern der 33 Bischofskonferenzen, der regionalen Bischofskonferenzen, der Komitees und Sekretariate von SCEAM, den Kardinalen Afrikas und den afrikanischen Mitgliedern der Kongregation für die Evangelisierung der Völker. 52 stimmberechtigte Bischöfe waren anwesend. Die Vollversammlung wurde vom bisherigen Präsidenten, Kardinal *Paul Zoungrana*, Erzbischof von Ouagadougou, geleitet. Zum neuen Präsidenten wurde Kardinal *Joseph Malula*, Erzbischof von Kinshasa, gewählt.

Als Beobachter nahmen teil: Erzbischof *Dermot Ryan*, Pro-Präfekt der Kongregation für die Evangelisierung der Völker, Bischof *Jan Schotte*, Vize-

präsident von *Justitia et Pax*, der Apostolische Nuntius, Mgr. *Josef Ubač*, Kardinal *Bernardin Gantin*, Präfekt der Kongregation für die Bischöfe, ist als afrikanischer Kardinal Mitglied von SCEAM. Lateinamerika war vertreten durch den Generalsekretär von CELAM, Europa durch Weihbischof *Florian Kuntner*, Wien, *Alfons Mappes*, Bonn, und *Ivo Fűrter*, Sekretär des Rates der europäischen Bischofskonferenzen, St. Gallen, Kanada durch den Präsidenten und USA durch den Vizepräsidenten der Bischofskonferenz. Der Sekretär der FABC (des Rates der asiatischen Bischofskonferenzen) war angemeldet, traf aber in Kinshasa nicht ein.

Das Schlußdokument umschreibt die Zusammenarbeit mit den Kirchen anderer Kontinente folgendermaßen: „Die Kirchen Afrikas und die Kirchen der anderen Kontinente müssen viel voneinander lernen und ihre Probleme und Erfahrungen miteinander teilen in einer Welt immer deutlicherer gegenseitiger Abhängigkeit. Die Kirchen Afrikas können den Schwesterkirchen viel geben durch ihren Glauben, ihren Enthusiasmus und durch ihr christliches Ausharren in wirklicher Armut. Sie bringen die afrikanische Sicht des Menschen ein. In der gegenwärtigen Wachstumsperiode benötigen die Kirchen Afrikas, welche sich weiterhin um ihre Autonomie bemühen, noch äußere Hilfe. Man muß neue Wege entdecken für eine respektvolle Zusammenarbeit unter Partnern.“ I. F.

## Lutheraner in Budapest

### Die siebte Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes

Fast genau ein Jahr nach der sechsten Vollversammlung des Weltkirchenrates in Vancouver (vgl. HK, September 1983, 402–407) fand in Budapest die siebte Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes statt. Waren vor Jahresfrist an der kanadischen Pazifikküste etwa 900 Delegierte aus der ganzen nichtkatholischen Christenheit zusammengekommen, so trafen sich jetzt vom 22. Juli bis zum 5. August in der ungarischen Hauptstadt die Vertreter einer der großen Konfessionsfamilien: Die 320 Delegierten der Vollversammlung repräsentierten 99 Mitgliedskirchen des Lutherischen Weltbundes, denen insgesamt

etwa 55 Millionen Menschen angehören. Zwar lebt der Löwenanteil der Lutheraner nach wie vor in Skandinavien, Deutschland und den USA; doch gibt es inzwischen auch in einigen Ländern der Dritten Welt größere lutherische Kirchen.

Dem hatte der 1947 gegründete Weltbund mit seiner *sechsten Vollversammlung* Rechnung getragen, die Mitte 1977 in der tansanischen Hauptstadt Daressalam abgehalten wurde (vgl. HK, August 1977, 391–394). Auf diese erste Vollversammlung in einem Land der Dritten Welt folgte jetzt die erste Tagung des obersten Beschlußgre-